

Zinswende wird amtlich!

Nicht länger wird sich die Europäische Zentralbank der direktionalen Führung durch die Anleihemärkte widersetzen. Einmal mehr zeigt sich die Überlegenheit der Schwarmintelligenz, wie sie auf freien Märkten auftritt.

Zwar haben Märkte nicht immer Recht und Preise sind keineswegs stets adäquat, jedoch können Märkte viel schneller und effizienter auf neue Informationen reagieren und sich selbst korrigieren als staatliche Behörden dies tun. Während auf dem Bondmarkt die Zinswende bereits seit dem Frühjahr 2021 eingeleitet wurde, hielt die EZB in nachgerade starrsinniger Weise an ihrer Negativzinspolitik fest und kaufte fleißig Anleihen auf. Heute wissen wir, dass die Märkte einmal mehr einen guten Riecher für die in Galopp geratene Inflation hatten, während die mit Steuergeldern bezahlten Notenbanker mit einer verbalen Stange im Nebel (Stichwort 'transitorisch') herumstocherten.

In der Subprimekrise war es ganz ähnlich. Erst als erste Adressen in Zahlungsschwierigkeiten gerieten (Bear Stearns Hedgefonds in den USA, Industriekreditbank IKB in

Deutschland) wurden die im Tiefschlafmodus arbeitenden Behörden aufmerksam. Freilich war das Kind längst in den Brunnen gefallen. Im Fall Wirecard wiederholte sich das Muster ebenfalls. Als am



Aktienmarkt die Wirecard Aktie ins Taumeln geriet, vermutete die Aufsichtsbehörde BaFin Verschwörungen angelsächsischer Hedgefonds und Medien gegen den vormaligen Börsen- und Politikerliebling.

Das fehlende Zutrauen in Marktprozesse führt zur Auf-

blähung des Staates und seines Apparates, denn wer, wenn nicht der Staat, sollte außer dem Markt die vorausschauende Weisheit treffen? Es hat sich inzwischen fest eingebürgert, zumal in Deutschland, dass nicht die Verbraucher und Märkte, sondern Regierungen beschließen, welche Energieerzeugungsarten, welche Motoren, welche Lebensmittel etc. für die Bevölkerung opportun sind. Wo die Staatsgläubigkeit ubiquitär wird, geht aber der Wohlstand zurück und die Gefahr des Totalitarismus steigt. Dies jedenfalls war eine der Thesen des Wirtschafts-nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek in dessen Buch 'Der Weg zur Knechtschaft'. Wären von Hayeks Warnungen vor Planwirtschaft und Sozialismus in Osteuropa beherzigt worden, dann wäre diesen Ländern viel Leid erspart worden. Mir will scheinen, dass die Analy-

se des vor den Nazis geflohenen Österreichers heute so aktuell ist wie im Jahr 1944, als das Opus in England veröffentlicht wurde.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns